

Tibet – ein vergessenes Land. Tsewang Norbu berichtete am 12. Juni 2012 in der Gedenkbibliothek über:

Die Tibet Initiative Deutschland und die aktuelle Lage im Land

Nach der Veranstaltung über Kuba begab sich die Gedenkbibliothek ein zweites Mal „auf Reisen“: Diesmal ging es um die schwierige soziale, wirtschaftliche und politische Situation im fernen Tibet. Tsewang Norbu, Vorstandsmitglied der Tibet-Initiative Deutschland und Vertreter des Vereins der Tibeter in Deutschland, brachte auf anschauliche Weise dem Publikum nicht nur die bedrückenden Probleme seines Landes nahe, sondern gab auch einen Einblick in die wechselvolle Geschichte des „Daches der Welt“.

Die Idee, dieses für die meisten Menschen doch unbekanntes Thema vorzustellen, ging auf Heinz Steudel zurück, ein langjähriges Vorstandsmitglied der Bibliothek. Bereits 1991 hatte er in Berlin-Adlershof an einem Vortragsabend mit der Tibet-Initiative teilgenommen und fand es „naheliegend“, wie er sagte, auf die Problematik des von der Volksrepublik China unterdrückten Landes in der Gedenkbibliothek aufmerksam zu machen.

Der 1949 in Tibet geborene und fast akzentfrei deutsch sprechende Referent hat selbst eine zwar spannende, aber auch tragische Biografie: Als er zehn Jahre war, flüchtete er mit seinen Eltern und Geschwistern nach Nordindien, da nach der Niederschlagung des Tibetaufstandes das Land endgültig unter der chinesischen Herrschaft stand. Bereits seit 1949 hatte die Volksrepublik China Tibet besetzt. „1951 mussten die Tibeter unter Druck das sogenannte 17-Punkte-Abkommen unterzeichnen, worin sich China vertraglich verpflichtete, gegen den Willen der Tibeter nichts an den bestehenden Verhältnissen zu verändern.“ Ein leeres Versprechen, wie sich schon bald herausstellen sollte: Nachdem die Chinesen sich an ihre eigenen Vereinbarungen nicht hielten und willkürlich in die inneren Angelegenheiten eingriffen, wuchs der Widerstand der Bevölkerung und mündete schließlich in den Volksaufstand von 1959, so dass die Familie von Tsewang Norbu keine Zukunft mehr für sich in Tibet sah.

Der kleine Junge musste sich nun an eine völlig fremde Umgebung gewöhnen – und erst einmal in der indischen Flüchtlingschule lesen und schreiben lernen. Der Sohn

eines Bauern hatte viel nachzuholen. Er fand Gefallen am Lernen, machte sein Abitur, studierte in Delhi Anglistik und erhielt vom Ökumenischen Studienwerk Bochum ein Stipendium. Dies sollte seinen weiteren Lebensweg bestimmen: Nach einem Deutsch-Sprachkurs in Bochum zog er nach Frankfurt, um dort unter anderem Sino-logie zu studieren. Er entschied, in Deutschland zu bleiben. Seit 1997 lebt er in Berlin, in sein Geburtsland ist er nicht mehr zurückgekehrt.

Im Rahmen seiner Eigenschaft als Vorstandsmitglied bei der 1989 gegründeten Tibet-Initiative, einer parteipolitisch und religiös ungebundenen, 2000 Mitglieder umfassenden Organisation, engagiert er sich für die Selbstbestimmung Tibets. Die Tibet-Initiative bekennt sich zur Gewaltlosigkeit als Grundprinzip des tibetischen Freiheitskampfes und erkennt die Exil-Regierung als legitime Vertretung des tibetischen Volkes an. Des Weiteren führen die Mitglieder Demonstrationen und Mahnwachen durch, um gegen die anhaltende Unterdrückung Tibets zu protestieren.

Die gegenwärtige Entwicklung in seinem Geburtsland sieht Norbu sehr kritisch. „Tibet brennt wieder, und zwar ganz gewaltig.“ Damit meint er keine brennenden Häuser oder Schlachtfelder, sondern Selbstverbrennungen. „Seit März 2009 haben 38 Tibeter – darunter viele Jugendliche – versucht, durch Selbstverbrennungen die internationale Aufmerksamkeit auf die schlimme Lage ihrer besetzten Heimat zu lenken. 28 Menschen starben an ihren Verletzungen, die Überlebenden wurden von den Sicherheitskräften an unbekannte Orte verbracht.“ Norbu befürchtet, dass sie schwerster Folter ausgesetzt sind.

Die internationale Öffentlichkeit hingegen reagiert überwiegend mit Schweigen. „Die Bundesregierung hat ihre Besorgnis zum Ausdruck gebracht, aber das war es auch schon. Es sind leider keine konkreten Taten gefolgt“, kritisierte der Referent.

Doch wie sieht die Lebenssituation der Tibeter konkret aus? „Tibeter gelten als Bürger zweiter Klasse und werden wirtschaftlich marginalisiert und im Bereich Gesundheit und Bildung besonders stark diskriminiert.“ Parallel dazu hält der Zuzug von Chinesen nach Tibet unvermindert an, so dass sich die wirtschaftliche Lage immer weiter verschlimmert. Hinzu kommt, dass die tibetische Kultur systematisch unterdrückt wird, ebenso das Recht auf Meinungs- und Religionsfreiheit, das Recht auf Information und friedliche Manifestation von Unmut und Protesten. „Es herrscht seit Jahrzehnten ein tiefes Gefühl von Ohnmacht und Wut. Die ständigen Menschenrechtsverletzungen haben zu einem Klima der absoluten Hoffnungslosigkeit geführt. Wer protestiert, muss mit Haft, Terror und Tod rechnen. So bleibt es den Tibetern

nur übrig, in aufsehenerregenden Aktionen ihr Leben für ihr Land und ihr Volk zu opfern“, berichtet Norbu. Die Vorgehensweise der Demonstranten richtet sich auf grausamste Weise gegen sich selbst: Sie schlucken zunächst Benzin, dann übergießen sie sich damit und zünden sich selbst an, letztlich auch, um nicht in die Hände der Sicherheitsbehörden zu fallen.

Die Regierung Chinas jedoch zeigt sich von derartigen Handlungen unbeeindruckt und besteht nach wie vor auf ihrem Souveränitätsanspruch. Und nicht nur darauf: Sie möchte Tibet ganz nach ihrem „volksdemokratischen“ Modell aufbauen und allein über die wirtschaftliche und politische Entwicklung bestimmen. Norbu bedauert, dass dieser Fakt in der Welt und somit auch in Deutschland fast gänzlich unbekannt sei, ganz abgesehen davon, dass viele noch nicht einmal Grundkenntnisse beispielsweise über die geographische Größe dieses zentralasiatischen Staates haben. „Tibet ist kein kleines Land irgendwo hinter den Himalayagebirgsketten. Es ist über 2,5 Millionen Quadratmeter groß, das heißt siebenmal größer als das wiedervereinigte Deutschland, und hat überdies eine lange kulturträchtige Geschichte.“

Nach der tibetischen Geschichtsschreibung entstand das erste Staatsgebilde 127 vor Christus nach der Vereinigung der verschiedenen Stämme durch König Nyatri. Dynastien kamen und zerfielen wieder, doch es ist sicherlich nicht übertrieben zu sagen, dass 1959 mit der gewaltsamen Besetzung des Landes durch die Volksrepublik China endgültig das gesamte Regierungs-, Kultur- und Wirtschaftssystem des unabhängigen Tibets zerschlagen wurden. „Die Chinesen propagierten, uns die „Volksdemokratie“ zu bringen und die Tibeter dadurch zu Herren ihres Landes zu machen. Das entspricht nicht der Wahrheit. Die Tibeter haben seitdem keinerlei Mitspracherechte mehr. Die Entscheidungsmacht lag und liegt in den Händen der Kommunistischen Partei Chinas, vertreten durch den Ersten Sekretär. Dieses Amt wurde bisher noch nie von einem Tibeter bekleidet“, betonte Norbu.

1965 folgte der nächste Schlag: Die Chinesen zerstückelten das gebeutelte Land in sechs Verwaltungszonen. Auf diese Weise entstand die Autonome Region Tibet. Der Rest wurde den chinesischen Provinzen zugewiesen. 55 Prozent der Tibeter lebt außerhalb der Autonomen Region, „wobei das Leben dort noch schwieriger ist als in den übrigen Gebieten, weil die Chinesen die Autonome Region wesentlich stärker kontrollieren“.

Doch der Höhepunkt der Unterdrückung kam mit dem Ausbruch der Kulturrevolution 1966 (bis 1976), die eine regelrechte Terrorherrschaft nach sich zog. Die Roten Garden zerstörten Tempel, Klöster, Kunstschatze und Bibliotheken. Von den über

6000 Klöstern blieben nur 13 erhalten, ganz zu schweigen von den ungeheuren menschlichen Opfern. Nach den Recherchen der Regierung Tibets im Exil starben unter der chinesischen Fremdherrschaft 1,2 Millionen Tibeter eines unnatürlichen Todes. Dieses Ergebnis wurde Mitte der 1980er Jahre veröffentlicht. Danach sind zwischen 1949 und 1979 über 173.000 Menschen in Gefängnissen, 156.000 durch Hinrichtungen, 432.000 durch Kampfhandlungen, 342.000 durch Hunger, 9.000 durch Selbstmord und 92.000 durch Folter ums Leben gekommen. „Diese Zahlen wurden durch minutiöse Befragung von Überlebenden der chinesischen Terrorherrschaft ermittelt und hochgerechnet. China selber gibt keine konkreten Opferzahlen preis.“ Norbu nimmt an, dass die offizielle Statistik sogar eine noch höhere Opferzahl hat.

Erst 1980 kam es zu einer Liberalisierungspolitik, „was in der Tat zu einigen Verbesserungen geführt hat. Allerdings hat sich nichts daran geändert, dass die Tibeter in ihrem eigenen Land bis heute Bürger zweiter Klasse sind. Es herrschen koloniale Herrschaftsverhältnisse, und das Land wird ausgepresst. Die gesamte Förderung der Entwicklung Tibets dient primär dem Nutzen Chinas. Diese koloniale Ausbeutungspolitik übergeht völlig die Überlebensbedürfnisse der Tibeter und zerstört die Stabilität ihrer Umwelt“, so Norbu. Die Verbesserung der Infrastruktur beispielsweise soll dem chinesischen Militär Vorteile bei ihren Einsätzen bringen. Darüber hinaus ist China auch an Tibets bedeutenden Bodenschätzen wie Uran, Kohle und Öl interessiert. „Nicht umsonst heißt Tibet auf chinesisch ‚Xizang‘, die ‚westliche Schatzkammer‘.“

Die Zukunft Tibets sieht Tsewang Norbu pessimistisch. Zwar besuchten 1979, 1980 und 1985 drei Untersuchungsdelegationen Tibet, aber das Ergebnis war gleich Null. 1987 schlug der Dalai Lama dem Menschenrechtsausschuss des Kongresses der USA einen Fünf-Punkteplan vor, den die chinesische Führung ablehnte. Daher verzichtete der Dalai Lama auf den letzten Punkt, der Forderung nach Verhandlungen über den künftigen Status von Tibet. China reagierte zunächst positiv, verfiel dann aber wieder in seine Hardliner-Politik. „Die Zukunft wird davon abhängen, wie stark und beständig die internationale Gemeinschaft die chinesische Regierung dazu ermutigt und dazu drängt, ernsthafte Verhandlungen über eine Lösung anzustreben. Der Schlüssel liegt bei China. Ich persönlich befürchte neue Gewalt. Die Zeit für eine friedliche Lösung läuft ab.“